

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntagen und ist durch die
Expeditoren, H. W. Grunow, 17
durch die Post und
durch Expeditionen zu beziehen.
Preis vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.,
von Woche zu Woche 5 Pf.
Verlagsgesellschaft Nr. 7000.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Entsendungsgebühr
besteht aus der stehenden
Beilage oder deren Wert
20 Pfennige, für Post- und
Versandungs-Kosten
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Mittwoch 10 Uhr im
Expedition abgegeben werden.

Nr. 81.

Dienstag, den 7. April 1896.

7. Jahrgang.

Sülfe für die nothleidenden Gutsbesitzer!

Wenn man die unaufhörlichen, Markt und Wein erschütternden Nothschreie der Herren Gutsbesitzer oder — wie sie sich mit Vorliebe nennen lassen — der „gnädigen Herren“ hört, so beschleicht doch ab und zu diesen oder jenen, der diese „Nothschreie“ für aufrichtig und somit für nicht unberechtigt hält, ein gewisses Mitgefühl und er meint, es könne dem armer, nothleidenden Grundbesitzer doch da oder dort eine Vergünstigung gewährt, da oder dort ein Steuernachlass oder dergleichen bewilligt werden, um dem armen, seiner Verpflegung nach, wie eine Citrone ausgereihten Manne, auf dessen Schwachen Schultern die Hauptlast von Reich und Arm wieder einigermassen auf die Beine zu helfen. Wie ungerechtfertigt derartige Gefühlswallungen sind, das beweist unter vielem Anderen eine Vergleichung der Vertheilung von Stadt und Land bei Ausbringung der Schullasten. Die Städte sind bekanntlich die Heimstätten der Industrie und somit des Proletariats, dessen Geld doch auch kein Blei ist, gleichviel ob es in Form directer oder durch die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse in der Form indirecter Steuern und Zölle aufgebracht wird. Man lese und staune. — Nahe namentlich darüber, daß angefaßt derartige Zahlen die Unterrichtsverwaltung durch das Lehrerbefoldungsgesetz die Absicht bekundet, den Schwerpunkt des Zahlens noch immer mehr den Städten, also auch dem Proletariat, aufzubringen. Nach den Ergebnissen der Statistik vom Jahre 1891 zahlte der Staat in den Städten außer 1,851,000 Mk. Alterszulage zu den Lehrergehältern einen Zuschuß 9,215,000 Mk., das ist 27,3 vom Hundert, während die Stadtgemeinden 22,295,000 Mk., das ist 66,8 vom Hundert beizubringen hatten. — Auf dem Lande dagegen zahlte der Staat außer 6,781,000 Mk. Alterszulagen einen Zuschuß von 22,295,000 Mk., das ist 55 vom Hundert und mehr als das Doppelte von dem, was der Staat den Städten gewährte; die Landgemeinden einschließlich der Gutsbezirke hatten insgesammt nur 10,281,000 Mk. gleich 26 vom Hundert, das ist nahezu 42 Procent weniger als die Städte, aufzubringen. Im Jahre 1885 — also vor Erlass des neuen Schullastengesetzes — hatte das Land rund 19 Millionen mehr aufzubringen, die nunmehr auf die Städte abgewälzt sind. — Neben den officiellen Gutsbezirken, wo die glänzenden Resultate dieses neuen Schullastengesetzes und die durch dasselbe gestiftete Vergünstigung der nothleidenden Landwirtschaft am Kräftigsten zu Tage treten, ziehen namentlich die pommerischen Gutsbesitzer Vortheil aus dem genannten Gesetz. Nachstehende Zahlen beweisen, daß in einzelnen pommerischen Kreisen die Beiträge der Gutsbezirke und Landgemeinden zu den Lehrerbefoldungen geradezu lächerlich gering sind:

Die Gutsbesitzer im Raskamer Kreise tragen also rund 10, die im Rügenwalder gar nur 7 Procent zu den Lehrerbefoldungen bei. Die Hauptstadt von Pommern, Stettin, hatte zu den Lehrerbefoldungsgeldern nahezu doppelt so viel beizutragen, wie sämtliche Gutsbezirke und Landgemeinden der Provinz Pommern zusammengenommen; es zahlte nämlich Stettin für seine 11,109 Schulkinder einen Zuschuß von 215,954 Mark, während die pommerischen Gutsbezirke und Landgemeinden für 179,828 Schulkinder 113,270 Mark Zuschuß zahlten. Königsberg zahlt für seine 11,391 Schulkinder eben so viel Zuschuß, wie die Gutsbezirke und Landgemeinden der Provinz Ostpreußen für ihre 256,208 Schulkinder zusammengenommen. Berlin braucht allein zur Beolung seiner Rectoren mehr als die Landgemeinden und Gutsbezirke der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen zusammengenommen für Lehrerbefoldungszwecke aufzubringen. Auch in den Provinzen Sachsen, Hannover und Hessen-Nassau liegen die Verhältnisse ähnlich; immerhin aber ist es zweifellos, daß die Hauptvortheile des neuen Schullastengesetzes in erster Linie den ostelbischen Großgrundbesitzern, den nothleidenden Landwirthen, weniger den Bauerngemeinden zu Gute gekommen sind. Nachstehende Zahlen liefern hierfür den unabweislichen Beweis. Es hatten die Landgemeinden und Gutsbezirke in nachstehenden Regierungsbezirken aufzubringen 1885, also vor dem neuen Schullastengesetz, und 1891, also nach dem neuen Schullastengesetz:

	1885	1891
Königsberg . . .	867,000 Mk.	128,000 Mk.
Gumbinnen . . .	813,000	44,000
Danzig . . .	392,000	92,000
Marienwerder . . .	622,000	144,000
Stettin . . .	172,000	43,000
Adelsl. . .	206,000	52,000
Straßburg . . .	141,000	18,000
Posen . . .	602,000	176,000
Bromberg . . .	304,000	55,000

Durch das neue Lehrerbefoldungsgesetz tritt eine weitere Mehrbelastung der Städte und eine weitere Entlastung des Grundbesitzes ein. Und dabei das unaufhörliche Geschrei über die Bedrückung und Ueberbürdung der nothleidenden Landwirtschaft!

Politische Rundschau.

— König Stumm beginnt einzusehen, daß er sich mit seiner Drohung, aus dem Reichstage auszuschiden, wenn die Reichsregierung in socialpolitischen Fragen nicht größere Festigkeit zeige, lächerlich gemacht hat. Er sucht daher einzuweichen und sich in seinem Auftreten mit der Person des Kaisers zu bedecken, die er, wie erinnerlich sein dürfte, schon einmal mit seiner Politik in Verbindung gebracht hat. Dies Mal ist es das Auftreten Stumms gegen die Juncen der christlich-socialen Partei, das die „volle Anerkennung“ des Kaisers finden soll. Das „Neunkirchner Organ“ des Königs Stumm schreibt darüber in einem Bericht über die Geburstagsfeier Stumms folgendes:
„Auf die Worte des Herrn Pfarrers Eynick erwiderte

er (Führ. v. Stumm), daß es ihm eine besondere Genugthuung sei, von der ihm so nahe stehenden evangelischen evangelischen Kirchengemeinde als ein so treuer Sohn seine Kirche nach wie vor geschützt zu werden. Er selbst beklage es am liebsten, sich im Kampfe mit evangelischen Geistlichen zu sehen, deren umständlicheren Bestrebungen er aber mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten müsse, zumal diese sich auf Kreise richteten, in denen man bis jetzt königstreue und patriotisch dachte. In seinem Kampfe gegen diese christlich-socialen Richtung fühle er sich aber gestärkt durch die Gewißheit, daß Se. Majestät der Kaiser die Nothwendigkeit dieses Vorgehens voll anerkenne.“

— Kein Befähigungsnachweis! Auf der Handwerker-Conferenz im preussischen Handelsministerium am letzten Montag ist auch die Frage des Befähigungsnachweises zur Sprache gekommen. Dabei hat der Minister erklärt, daß er sich nicht daran zu denken sei, daß die Regierung über der Bundesrath jemals ihre Zustimmung für die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk geben könnten. Die Zwangsleistungen in Verbindung mit genossenschaftlicher Selbsthilfe unter Gewährung von staatlichen Zuschüssen sei das äußerste, was die Regierung für das Handwerk thun könne. Der Befähigungsnachweis sei bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr durchführbar; er sei bei Durchführung der Zwangsorganisation nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädlich. Die Vertreter des Handwerks sollen sich bereit erklären, sich mit der in Aussicht gestellten Zwangsorganisation „anzufreunden“ zu geben.

— Die Wahlsprüfungscommission beantragt, die Wahl des Abg. Ripman für Hagenau-Galberstadt für gültig zu erklären, aber dem Reichskanzler zu empfehlen, der preussischen Regierung Kenntniß zu geben, in Betreff des Verhaltens des Bürgermeisters von Hagenau bei der Wahl, insbesondere seines Einweises, daß er für den Fall, daß eine socialdemokratische Wahl stattfinde, auf Befehl der strengen Innehaltung der Polizeistunde bei dem Restaurateur Delgarden leben werde. Es sei das eine Einmischung in den Wahlkampf, wie sie von Seiten einer unparteiischen Behörde nicht vorkommen sollte. Die Parteien haben das Recht, Wahlversammlungen abzuhalten, und wenn von Behörden der Ausübung dieses Rechtes gesetzlich unbegründete Schwierigkeiten — wie das im vorliegenden Falle geschehen ist — bereitet werden, so ist das zu rügen.

— Der demokratische Reichstags-Abgeordnete Adolf Kroeber, Vertreter für Ansbach-Schwabach, ist wie schon kurz gemeldet, im Alter von 62 Jahren am Donnerstag nach langen Leiden auf der dalmatinischen Insel Sussin Piccolo, wo er zur Erholung weilte, gestorben. Er war ein wackerer Mann, dem die Demokratie nicht nur ein schönes Aushängeschild war, ihm war es um die Vertretung seiner Grundzüge stets ernst. Er hat auch nie mit kräftigen Worten zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Zustände zurückgehalten. Er verstand es ausgezeichnet, mit dem Volke umzugehen. Mehr als im Reichstage dem er von 1884 bis 1890 und wieder seit 1893 an-

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michael Deutsch.

„Dieser Epigone von Wirth“, meinte Bruno Vollmuth, „bliebe in jedem Fall ein Scurke, ob wir das Geld abschaffen oder nicht.“
Herr Rummelbrunn brachte eigenhändig einen Korb voll Champagnerflaschen herbeigeschleppt, und alsbald knallten die Pfropfen lustig in dem kleinen Zimmer. Herr Casimir gab die Besichtigung seines jüngeren Bruders Witold zum besten, der im Jahre 1846 wegen Vertheiligung an der Verschwörung Kieroslawski's verhaftet und als Hochverräther zu langjähriger Gefängnisstrafe verurtheilt worden war.
„Und ich bin gekommen, ihm zu befreien aus die Gefängnis“, meinte der tapfere Pole begeistert — „in Gatten oder in Bösen, und ich geh nich weg aus verfluchtes Berlin, bis ich gedrückt lieben Witold zu mein Herz.“
Die gefangenen Polen, die draußen im Zellengefängnis von Noakit saßen und die Vollstreckung der über sie verhängten Strafen erwarteten, erfreuten sich bei den Berliner Demokraten aufrichtiger Sympathien. Die Stammgäste der „Gute“ sahen mit Bewunderung auf den kühnen Sarmaten, der sein Leben einzusetzen bereit war, für seinen armen Bruder — „sein alles auf Erden“, wie er sagte — „denn ich hab' kein Vater nich und kein Mutter, kein Frau und kein Kind, bloß meinen lieben kleinen Witold.“
„Er wird vielleicht eher frei, wie Sie denken, Herr Graf“, flüsternte Epigraim Fisch mit einem vieljagenden Augenblinzeln — „es gehen Dirge vor hier bei uns — Dirge sag' ich Ihnen.“
„Wir schütteln hier in Berlin die Birnen noch, wenn sie reif sind“, meinte Frije Grams, der an dem unternehmenden Wesen des Herrn Casimir Gefallen gefunden hatte. „Und

wenn wer hier 'n bißchen Luft kriegen sollten, denn sind bei Polen in Noakit de ersten, die wer losen lassen.“
„Bravo, meine Ehren, bravo!“ rief Herr von Tumidaiski entzückt — „wenn wird mein Bräuerchen frei, soll ganzes Kopsraße in Champagner schwimmen.“
„Das Volk von Berlin wird sich wie ein Mann erheben“, rief Doctor Wollstein, dessen Muth der Champagner wesentlich erhöht hatte. „Wir werden handeln, Herr Graf, handeln, sag' ich Ihnen.“
„Und damit wir mit dem Handeln einen Anfang machen“, wandte sich Hans Hartung an den Doctor Wollstein, „so schlag ich Ihnen vor, daß wir den Gedanken des Herrn Grams rochmals aufnehmen und jetzt hier sogleich eine Adresse, eine Proclamation oder dergleichen aufsetzen, welche die Wünsche des Volkes zum Ausdruck bringt und wozu in Tausenden von Exemplaren unters Volk vertheilt wird.“
„Bravo! Eine Proclamation! Bravo!“ läute es von allen Seiten.
„Und was wollen Sie in diesem Schriftstück sagen?“ fragte Doctor Wollstein mißtrauisch.
„Da Sie in Ihren Adressen schon alles übrige verlangt haben, so würde ich in der meinigen nur noch Brot für das hungernde Volk verlangen!“
„Hurrah! Brot! Jamohl!“ riefen die Stammgäste vergnügt, während sie ihre Champagnerkelche zum Munde führten.
„Da kannst du schönen Schnitt machen, Frije“, sagte der Schornsteinfegermeister zu Grams, „wenn Du das zu liefern kriegst.“
„Brot is der einzig richtige, der kann all und jeder brauchen“, bemerkte ein anderer der behändigen Herren, ein Goldschmied von Profession.
„Butter kenn' wer uns Jott sei Dank! Keine loosen“, meinte der Gewürzhändler von der Ede.

„Und Champagner ha'm wer schon“, rief der Schornsteinfeger — „Prost, Herr Graf!“
„Ihr Gesundheit, meine Ehren“, antwortete Herr Casimir und stieß mit den ehrenwerthen Bürgerleuten an. „Vergessen Sie nur nicht Amnestie für Bräuerchen Witold!“
So löste es in der kreisförmigen Runde durcheinander als plötzlich Herr Rummelbrunn kreischend in das Zimmer stürzte.
„Um des Himmls Willen, Herr Graf, sie sind da!“ rief er ganz entsetzt. „Hören Sie das Klopfen? Hören Sie?“
Man konnte in der That durch die offene Thür hindurch ein lautes Pochen an der Eingangstür vernehmen.
„Wer ist's denn? Wer?“ fragte Doctor Wollstein mit bebender Stimme.
„Die Polizei! Wer denn sonst? Sie suchen den Grafen — rasch fort, meine Herren, alle mit einander!“
„Durch den Hof!“
„In die Remise!“
„Nach der Schornsteinfegergasse!“
In wilder Flucht wälzte sich der Herr Rummelbrunn daher, durch den Bruno, Hans und Epigraim, sowie Herr von Tumidaiski vorwärts gedrängt wurden. Das Thor nach der Schornsteinfegergasse öffnete sich, und alles stürzte hinaus — gerade auf einen Polizeiergeanten und zwei Nachwächter zu, die den hinteren Zugang zur „Schwarzen Gute“ besetzt hatten.
In raschem Laufe jagte das Radel der Fliehenden nach der Ecke der Kopsstraße und spaltete sich hier in zwei Trupps, von denen der eine sich links, nach der Kopsstraßenstraße wandte und der andere durch die Rittergasse der Kopsstraße zu eilte. Bei diesem letzteren befand sich außer Hans, Bruno und Epigraim noch Frije Grams und der Pole.
Von den Verfolgern war nur ein Nachwächter den durch die Rittergasse Fliehenden nachgeilt. Schon war er ihnen auf den Fersen, als Frije Grams sich plötzlich am-

21

gebote, betätigte er sich in der Münchener Stadtverwaltung,
bei der als Wegratsrat seine Dienste widmete. Trennten
ihm auch von aus die von der Socialdemokratie angestrebten
Ziele, so haben wir doch seine Ehrsucht zu gedenken.

Der württembergische frühere
Reichstags-Abgeordnete Pfleger ist am
2. April in Göggingen (Württemberg) gestorben.
Pfleger vertrat von 1890 bis 21. September 1895 wo er
wegen Krankheit sein Mandat niederlegte, den 12. württem-
bergischen Reichstagswahlkreis. Pfleger war noch einer der
wenigen ehrlichen Demokraten.

Das Charakterbild des Peters wird durch
allelei „Nein“ Pflüge immer mehr vervollständigt. Nachdem die
Parlamentsdebatten über diesen würdigen deutschen Reichsbeamten
in weiteren Kreisen bekannt geworden, melden sich immer mehr
Leute, welche das Peters Helmen mit angehen haben und
auch mit des Sprache herausdrücken. So schreibt ein Theil-
nehmer an der Emin Pascha-Expedition an Genossen
Sebel einen längeren Brief, aus welchem wir einige Stellen
wiedergeben.

Der Betreffende kam im Juli 1890 auf der französischen
Missionsstation Kongrobo zu der Peters'schen Truppe. Am
16. Juli, dem Tage des Ausbruchs, ließ Peters einige Träger an-
fordern und als einer der Schwärzen, ein schon bejahrter Mann,
dazu Familienwater, sich weigerte, mitzugehen, ließ ihm Peters
ständig die Seite mit einem spanischen Rohr verfeuern. Als dies nicht
zu helfen schienen, ergriff Peters dem Aufseher den Stock und schlug
ihn selbst wie ein Hühnerhals auf den Schwärzen los. Endlich
gibt der Missionspater ein und schätzte den Mann vor weiteren
Mißhandlungen. Am anderen Tage sprach der Briefschreiber mit
Peters über diesen Vorfall; dabei erzählte der Colonialbeib u. a.,
er habe gelegentlich der Expedition bereits einen Schwärzen durch
250 Schläge zu Tode bringen lassen. Weiter erzählte er mit,
dass er während der Reise ein junge Negermädchen ge-
raubt habe, um sie zur Befriedigung seiner Lust zu ge-
brauchen. Auf dem Marsch zur Küste begegnete der Expedition eine
Karawane. Kaum war man dort des Peters anständig geworden,
so warfen zwei Träger ihre Last fort und liefen davon. Auf die
Frage nach dem Grund sagte Peters, es wären zwei seiner
früheren Träger. Er ließ noch den Leuten sacken und erlöste,
wenn er sie fände, würde er sie am nächsten Morgen auf-
hängen lassen. Der Briefschreiber findet die Behandlung des
Peters auf den Reichstag, auf den Schwärzen der Unteroffiziere hin,
das Negermädchen habe hängen lassen. Der stark sinnige Charakter
des Peters schließt eine solche Bezeichnung aus.

Das der wesentliche Inhalt des Briefes an den Abgeordneten
Sebel. Die man sieht, nimmt das Mitgefühl zu allem Uebrigen,
was über die Colonialpolitik festgestellt worden ist. Der Peters
begeht aber noch immer sein Verbrechen, denn in einem solchen
Falle arbeitet die Justiz nicht so schnell, wie wenn es sich um einen
socialdemokratischen Redacteur handelt.

Charakteristisch ist dann folgende weitere Mitteilung, die der
„Pam. Corr.“ über Dr. Peters macht:

Als Peters den Mann hinaufzog, schloß er mit einer Anzahl
von Deutshauptlingen Verträge ab, obwohl dieses Gebiet schon seit
1886 in die englische Interessensphäre einbezogen war. Nach seiner
Rückkehr in die Heimat hielt er sich zu seiner Erholung einige
Zeit in einem bekannten süddeutschen Bade auf und belohnte
sich für den behandelnden Arzt mit dem gewöhnlichen Landbesitzer:
dabei wurde bei einem Roter ein Kronstahl ausgenommen. Der
Gewerber hatte die Kronstahl, die Sache dem zukünftigen Arzt
eingeweiht, um die Verhängung zu erhalten. Doch hat niemand
dabei wieder etwas gehört.

Herr Baare gehört zu den bestbeachteten Actien-
gesellschaftsdirectoren. Die Vertheidiger des Capitalismus
behaupten, daß die Leiter großer Werke schwere Wägen
haben; sie behaupten, wenn der Arbeiter am Werk die
Fahrt verläßt, dann könne er anrufen, während der Leiter
in sorglosen Nächten noch für das Wohl der Ganzen
sorgen müsse. Aus dem Reichsamt Steuerrecht ist bekannt
geworden, daß Herr Baare mehr als 100.000 Mk. jährlich
an Löhnen und Gehalt bezieht und daß er die Re-
presentation zu befragen hat, d. h. er muß Gesellschaften
gehen, die Arbeiter gegen die Schürzen auf bewahren und
dabei ist eine große Befähigung im Sprechen und Denken
entwikkelt. Ob Herr Baare noch dieser Richtung seiner
Blut anstellt, können wir nicht beurteilen. Seine Befähigung
als Schriftsteller und langjähriger Leiter der Reichs-
erhält in dem Hefenheft der „Allg. Volkszeitung“ folgende
erschütternde Artikel:

was die und dem gerade in einem gewaltigen Maße mit jenem
jäherschwerm austretenden Gelpflichter in seiner ganzen
Broschüre erörtert.

„Politen! Schand! Verschänder!“ rief der Ordnungg-
mann in seinem düsteren Jargon. Der rüchende Wägen-
stand jedoch wachte auf seinen Jörn wie ein kalter Ozean, und
er ließ die bereits erholten ihm unmerklich sinken.

„Wällichen, was ist denn?“ begann Frige Grams ge-
wöhnlich zu dem ihm bekannten Wächter, der ihn gleichfalls
erkannt hatte — „wo sind sie denn inpropheten?“

„Inpropheten? Nur nicht sind sie inpropheten. Der Inprophet
wachen wollen sie? Was ist das?“

Er wachte an der besten Gehalt des Wächters
vertheilungswort, doch wieder trat ihm immer wieder in der
Bog, so daß es ihm schicklichdingt unendlich war, den
Hleberden nachzusehen.

„Da, icha Se, Herr Grams — ru sind sie in die
Ede! Ru bürgen Sie für die Kastrater und müssen mit per
Bog!“

„Mit in prophen Verträge, Wällichen — aber was ist
das endlich los? Ru wollen Sie in jagen?“

„Es politischer Jagen oder Jagen, der bei Heiligste
Schloß hat in die den jagenen Wächter.“

„Der Schloß in die den jagenen? Mit Champagner-
haken wohl? Kea, Wällich, icha Jagen ist mit bei jagenen.“

Er trat zur Seite, als ob er den Wächter verabschieden
wollte. Dieser ließ sich durch die Sicherheit, die Grams in
seiner Worte legte, vollkommen ihre machen und jagen weiter
zu sein.

„Sind in Se sind Wällichen,“ meinte Frige Grams —
„mit in prophen Verträge, Wällichen — aber was ist
das endlich los? Ru wollen Sie in jagen?“

„Es politischer Jagen oder Jagen, der bei Heiligste
Schloß hat in die den jagenen Wächter.“

„In der Berliner Börse ist schon mehrfach in den letzten
Wochen das Gerücht verbreitet gewesen, daß der Bochumer
Guhfabriker ein erhebliche neue Geldmittel gebrauche,
um seine Anlagen zu verbessern und ertragsfähiger zu machen.
Es ist ja schon längst kein Geheimniß mehr, daß der
Bochumer Verein nicht mehr auf der Höhe
der Zeit steht und ferner, daß der wirkliche
Worth mancher Vermögensstücke durchaus
nicht dem Buchwerthe entspricht. Von ver-
schiedenen Seiten wird sogar auch behauptet, daß eine
Satzungänderung und eine Umgestaltung der
Verwaltung zeitgemäß und notwendig
wären.“

Und weiter heißt es: „Aus der günstigen Lage des
Eisen- und Stahl-Großgewerbes in den letzten Monaten hat
der Bochumer Verein nicht den gleichen Vortheil ziehen können,
wie viele andere Werke.“

Worin besteht nun die „geistige Arbeit“, welche die Leiter
in der Zeit des Niederganges entwickelt haben? Herr Baare
gehört doch zu den bedeutendsten Geschäftsleitern, denn außer
den Hunderttausenden an Gehalt und Löhnen hat ihm seine
„Thätigkeit“ auch noch den Titel „Geheimer Commerzien-
rath“ eingebracht. Die „geistige Arbeit“ der Geheimen
Commerzienräthe ist für Capitalisten von großem Werthe, daß
aber die Menschheit etwas verliert, wenn diese Parasiten be-
seitigt werden, wird kaum ein vernünftiger Mensch behaupten
wollen. Die feudale Gesellschaft hatte ihre Pfanden, die
capitalistische Gesellschaft hat ihre Directoren, Aufsichtsräthe
u. s. w., und da was ihnen sonst keine Arbeit nachweisen
kann, hat man das Märchen von der geistigen Arbeit der
Commerzienräthe erfunden.

Schweiz.

Aus einem wilden Lande. Wir theilten mit,
daß ein preussischer Hauptmann in Bromberg mit vier Tagen
Stadenarrest bestraft wurde, weil er seine polnischen Soldaten
„schwarze Hunde“ genannt hatte. Man vergleiche damit
folgende Mittheilung aus der Schweiz:

Der Inspectionsoffizier Hauptmann Bitterlin, gegen
welchen aus den jüngsten Landharmwahlen bei der zweiten
Division Klagen wegen Beschimpfung der Truppen
laut geworden waren, hat nach eingehender Untersuchung
durch den Kreisrichter vom eidgen. Militärdepartement
inwölil Zege schwarze Arrest und die An-
drohung der Entlassung aus dem Inspectionsdienst
im Falle der Wiederholung erhalten.

Frankreich.

Das revolutionäre Central-Comitee
(Marquisier) hat beschlossen, dem Londoner inter-
nationalen Congreß folgende zwei Resolutionen zur
Annahme zu empfehlen: 1. Das Proletariat und die social-
istische Partei haben mit aller Kraft die Eroberung
der politischen Macht anzugreifen als das vorzüg-
lichste Mittel zur Verwirklichung des capitalistischen Regimes
zur Emancipation der Arbeiter, zur Verwirklichung des Menschen
und des Völkers und zur Einführung der internationalen
socialistischen Republik. 2. Die Arbeiter soll eine Rund-
gebung sein der internationalen Solidarität und der inter-
nationalen Action der Arbeiter und Socialisten auf poli-
tischen wie socialen Gebiete für die Förderung der Emancipation
des Proletariats, für den Kampfsieger für die
Eroberung der politischen Macht, für die Aufrechterhaltung
des Widerstandes.

Die Protestbewegung der Zürcher Holz-
arbeiter gegen die Einführung der Handhölzchenmaschine
ist in einem bewundernswürdigen Abmählung gelangt. Finanzminister
Dommer erklärte einer Abordnung der Arbeiter und Pro-
testanten, die Maschine werde erst nach einem Jahre zu
introducieren beginnen, und zwar werde der Holzfabrikbetrieb

„Ich bin der Bog nach der Holzstraße ein und
ich es ruhig gelassen, daß Frige Grams ihn bestrafte.“
„Se greden sie mich, Herr Grams, mit mehreren ist per
Schwarzen hat. Kennstlich hier in de Schloßplock jend.
Schloß über Schloß kommt jagenen. Da soll man nu
in: Ruhe und Ordnung jagen!“

„Sind trage fröhlich sich in, der Kastrater zu be-
strafen, in so in eine jagenen Kastrater,“ meinte
Frige Grams.

„Sind trage fröhlich sich in, der Kastrater zu be-
strafen, in so in eine jagenen Kastrater,“ meinte
Frige Grams.

„Sind trage fröhlich sich in, der Kastrater zu be-
strafen, in so in eine jagenen Kastrater,“ meinte
Frige Grams.

„Sind trage fröhlich sich in, der Kastrater zu be-
strafen, in so in eine jagenen Kastrater,“ meinte
Frige Grams.

„Sind trage fröhlich sich in, der Kastrater zu be-
strafen, in so in eine jagenen Kastrater,“ meinte
Frige Grams.

„Sind trage fröhlich sich in, der Kastrater zu be-
strafen, in so in eine jagenen Kastrater,“ meinte
Frige Grams.

nur allmählig die Handarbeit verdrängen, damit die entlassenen
Arbeiter jenseits in anderen Staatsbetrieben untergebracht
werden könnten. Die Arbeiter sind mit dieser Lösung zu-
frieden.

Spanien.

Ein wichtiges politisches Ereigniß hat sich in Spanien voll-
zogen. In den letzten Tagen ist die vollkommene Einigung
der republikanischen Fractionen zu einer einzigen
großen Partei zu Stande gekommen. Am 27. März veröffentlichten
die republikanischen und unabhängigen Wähler ein von hervor-
ragenden Republikanern unterschriebenes Manifest, in dem den
Parteienossen aller Richtungen kundgethan wird, daß die vier
Gruppen, in die die Republikaner bislang zerfielen, das ist die
Centralisten, Föderalisten, Progressisten und Nationalen, nunmehr
ein einheitliches Ganzes bilden und geschlossen gegen den
Monarchismus Front zu machen gewillt sind. Alle Bemühungen
der Partei sollen zunächst darauf gerichtet sein, den Sieg der
Republik in Spanien herbeizuführen. Bei den
nächsten Wahlen zur Erneuerung der Cortes wollen sich die
Republikaner gänzlich der Theilnahme enthalten. Dieser Entschluß
wurde jedoch bios durch die Umstände bedingt, und in der Folge
wird das Centralcomitee bei Ausschreibung von Kammerwahlen
entscheiden, ob sich die Partei an diesen zu beteiligen oder sich von
ihnen fernzuhalten hat. Die vereinigten Fractionen behalten sich
die Freiheit vor, ihre Sonderbeale nach wie vor zu verfolgen, ohne
sich jedoch weder in der Presse noch auf der Rednerbühne gegen-
seitig anzuzeigen. Die Organisation der Republik wird durch die
constituierenden Kammern festgelegt werden. Letztere werden unter
Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes, gemäß dem Gesetze vom
28. Juni 1890, gewählt werden. Die vereinigten Fractionen ver-
pflichten sich zur gewissenhaftesten Beobachtung der von den con-
stituierenden Kammern geschaffenen Gesetzmäßigkeit. Die in den ver-
schiedenen Districten und Provinzen bestehenden revolutionären
Comitees werden unmittelbar nach Ausrufung der Republik und
Einsetzen der provisorischen Regierung aufzulösen und durch gemäß
dem vorerwähnten Wahlgesetz gewählte Gemeinderäthe und Pro-
vincialverwaltungen ersetzt werden. Mit der Leitung der Staats-
geschäfte wird, bis die Kammern zusammenkommen, eine National-
Regierung betraut werden, in der alle Fractionen, die zum Siege
der Republik beigetragen haben, in gerechtem Verhältniß vertreten
sein werden. Besagte Regierung wird als Richtschnur die angest-
lichste Maßnahme auf die natürlichen Menschenrechte und die
Würde des Bürgers im Geiste der Verfassung vom 1869 haben.
Die Leitung der republikanischen Verwaltung wird ein aus sechs-
zehn Mitgliedern bestehendes Centralcomitee befragen. Jede
Fraction wird je vier Mitglieder aus ihrer Mitte in dieses Comitee
wählen. Dilem Manifest folgt eine Erklärung, in der die Stellung-
nahme der Partei zur cubanischen Frage d.irtirt wird.
Daß Cuba um jeden Preis gegen die Angriffe des Auslandes ver-
theidigt werden muß, darüber herrscht in Spanien keine Meinungs-
verschiedenheit. Die Republikaner sind jedoch der Ansicht, daß es
die Pflicht Spaniens ist, den Cubanern die administrative
Autonomie und verschiedene andere Reformen zu gewähren,
ähnlich der auf Puerto Rico bestehenden Verwaltungsform. Die
Zustände der Einigung der Republikaner hat allgemeines Auf-
sehen erregt, weil immer behauptet worden ist, sie werde sich nie
vollziehen. W y Margall, das ehemalige Haupt der Föderalisten,
nebst einigen wenigen ihm treu gebliebenen Anhängern sind allein
anbleiben, weil ihm die geringste Abweichung von dem, ein Leben
lang eingehaltenen Pfad ein Frevel dünkte.

Schweden und Norwegen.

Zur Reform des Wahlrechtes in
Schweden. Bekanntlich hat sich der schwedische Reichstag
mit einem von der Regierung vorgelegten neuen Wahlgesetz
zu beschäftigen. Bis zum Jahre 1866 war der Reichstag
aus vier Ständen, dem Adel, dem Priester, dem Bürger-
und dem Bauernstande zusammengesetzt, eine Einrichtung, wie
sie noch heutigen Tages der Landtag in Finnland aufweist.
Nach dem jetzt geltenden Gesetz von 1866 sind die Wahlen
zur Zweiten Kammer theils unmittelbar, nämlich in den
Städten über 10,000 Einwohner, theils mittelbar für die
kleineren Städte und die Landbezirke. Die Wahlperiode
umfaßt drei Jahre, die Altersgrenze beträgt für die Wähler
21, für die Wahlcandidaten 25 Jahre, und das Wahlrecht
ist außer Anderem von einem Einkommen von 800 Kr. oder
dem Besiz eines Grundeigentums von einem gewissen
Schätzungswert abhängig. Eine Folge der überwiegenden
Zahl der Landkreise in Schweden, mit denen die kleineren
Städte zusammenwählen, ist das außerordentlich starke Her-
vortreten des bäuerlichen Elements im schwedischen Reichstag,

Hans Cartung, Volksmuth und Ebnid waren inzwischen
kammt dem Polen an das Blüdemann'sche Haus gelangt.
Ebnid zog den Hauschlüssel hervor und öffnete. Langsam
schritt einer nach dem andern durch den engen Gangflur,
bald links, bald rechts an eine Ecke oder Kante dieses engen
Kazirchensbaues anstößend. An der Thür, die nach dem Hofe
führte, machten alle vier Halt. Ein Blick nach der Wohnung
Meister Bernides belehrte sie, daß man sie dort noch er-
wartete.

„Was ist denn eigentlich geschehen?“ wardte sich Hans
Cartung an den Polen, der noch ganz ahemlos war von
dem raschen Laufen. „Weshalb will man Sie verhaften?“

„Hab' ich Nachwächter auf Schloßplock gebeten um
Fener für Cigarre, und hat mich bummer Kerl woll'n arre-
tiren,“ lautete die Antwort.

„Das hätten Sie aber auch wissen können, daß in
Berlin das Rauchen auf der Straße verboten ist,“ sagte
Hans belüthigt.

„Sinnelacrument! Seid Ihr denn hier lauter Stroß-
kappe, daß man jurdt, Ihr brennt an?“

„Nicht brenn, ha ha!“ lachte Bruno Volksmuth. „Und
was ist weiter geschehen?“

„Was weiter ist geschehen? Hab' ich frechen Kerl Oer-
teige gezeben und bin geangen trauer Wege.“

„Gelaufen, wollen Sie wohl sagen?“

„Gelaufen, natürlich, gelauten.“

„Das wird man Jören nie verstehen,“ meinte Hans.
„Sie haben die heilige Polizei angestanden g wagt — jetzt
sind Sie in Berlin Jores Lebens nicht mehr sicher.“

den die Landmännerpartei der Zweiten Kammer umfasst nahezu den dritten Theil der sämmtlichen Mitglieder. Demgegenüber war den Städten insofern ein Vortheil ein geräumt, als sie auf je 10,000 Einwohner einen Abgeordneten wählen, während ein ländlicher Wahlkreis 20,000 und mehr Wähler enthält, und zudem war bei dem stärkeren Anwachsen der Städte auch eine größere Zunahme der städtischen Abgeordneten zu erwarten. Diese Ansicht wurde aber den Städten genommen, als vor einigen Jahren eine Feststellung erfolgte, wonach die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer ein für alle Mal 150 die der Zweiten Kammer 230 (bis dahin 228) beträgt. In den Städten war man natürlich von dieser Feststellung wenig erbaut, aber auch ohnehin herrschte in weiten Kreisen des Volkes Unzufriedenheit über das geltende Wahlrecht, bei dem nur etwa 6,5 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt sind. Seit Jahren bildet daher die Erweiterung des Wahlrechts den Gegenstand einer heftigeren Agitation, man fordert allgemeines directes Wahlrecht, und um der Sache orientlichen Nachdruck zu geben, veranstalteten die Führer der schwebischen Stimmrechtsvereine endlich im Jahre 1893 einen auf Grundlage eines allgemeinen Wahlrechts hervorgegangenen sogenannten Volkstags, welcher selbstverständlich von der Regierung und den reactionären Parteien heftig angefeindet wurde. Dies hinderte natürlich nicht, daß die Bestrebungen für Ausdehnung des Wahlrechts nur um so eifriger fortgesetzt wurden, und schließlich ließ denn die Regierung auch in dieser Angelegenheit statistische Erhebungen anstellen, in deren Befolge die Regierungsvorlage erlassen ist. Das directe und das indirecte Wahlrecht ist vorzuziehen; der Census aber ist für das auf Grundbesitz beruhende Wahlrecht etwas herabgesetzt, für die anderen soll das zur Wahl berechtigende Einkommen von 800 auf 600 Kronen gemindert werden. Daneben ist noch proportionales Wahlrecht in Aussicht genommen, wonach Winterzeiten, d. h. eine gewisse Anzahl Stimmen aufweisen, einen Vertreter wählen können. Die Linke der Zweiten Kammer hat ihre Unzufriedenheit über die ihr nicht genügende Resolution in scharfer Weise kundgegeben, und ebenso wird der inzwischen zum 15. Mai eintreffende zweite freiwillige „Volkstags“ eine heftige Agitation dagegen in's Werk setzen.

Amerika.

Der cubanische Aufstande wird von einem Correspondenten der „R. Ztg.“ gemeldet: Die militärische Lage auf Cuba ist heute genau dieselbe wie zu der Zeit, als der General Weyler auf Cuba Landete. Wiederum befindet sich Macas mit 6000 Mann in Pinar del Rio, Alles verwestend, was von früher noch übrig geblieben ist, und wiederum wird der Versuch gemacht, die Straße Mariel-Artemisa-Majana — die kürzeste von Nord nach Süd — so zu sperren, daß die Aufständischen wenigstens nicht ohne ernstlichen Kampf zurück können. Ob der Plan — offenbar der letzte dieser Art — diesmal von größerem Erfolg begleitet ist als vorher, bleibt abzuwarten, jedenfalls haben sich die Spannungen, die Weyler bei seiner Landung hegte und auch Arzrunen mittheilte, bisher nicht erfüllt, und wir nähern uns der neuen Hegemonie, ohne daß die aufständische Bewegung irgend einen kräftigeren Schlag erlitten hätte. Im Gegentheil, sie ist in diesen letzten Monaten zu neuen Höhepunkten gekommen, sie hat der Reichthum der Insel weiter — namentlich in der Provinz Pinar del Rio — zerschüttelt und die finanziellen Quellen Spaniens weiter geschwächt.

Der Correspondent entnimmt dann einem ihm zur Verfügung gestellten Privatbriefe aus Havanna folgende interessante Einzelheiten: „In letzter Zeit ist mehr Zuckerröhren in Spanien aufgegangen, als in den früheren Monaten zusammengekommen. Die ganze Provinz Pinar del Rio, der reiche und fruchtbare Bezirk von Yuelta de Abajo ist geradezu verwestet. Die bestimmten Versicherungen des General Weyler, daß in drei, vier, wenn nicht in zwei Provinzen (Cavana und Matanzas) die Zutrau stattfinden könne, haben die Aufständischen mit dem Niederbrennen der dortigen Plantagen und dem Aufknüpfen derjenigen Haciendaabos, die die Wiener machten, dem Befehl nachzukommen, beantwortet. Die Befestigungen sind zwar an der Tagesordnung, da die Behörden ihren Eifer zeigen wollen, in dem sie möglichst viele Gefährliche einzeln; aber die meisten dieser Verhaftungen entspringen lediglich einem Verdacht oder völliger Willkür oder der Bestrafung kleinerer Privatstraßen. Die Sache ist soweit gediehen, daß Weyler sich genöthigt gesehen hat, diesem Treiben Einhalt zu gebieten und Hunderte wieder in Freiheit zu setzen. Daß diese Leute nun nicht mehr für die spanische Herrschaft eintreten, ist begrifflich. Wer es eben möglich machen kann, brünst sich in Sicherheit. Seit der Abreise von Martinez Campos haben bereits über 30 000 Personen die Insel verlassen, und noch viele andere werden abwandern, wenn nicht die Geldmittel immer knapper würden. Alle Dampfer, die von Havana ausgehen, sind überfüllt. Demnach wird das materielle Leben immer schwieriger. Die zum Markt geschickten Diensthöten kommen häufig mit leeren Körben heim, da thätlich nichts zu haben ist. Niemand wagt sich über die Vorposten hinaus. Der allgemeine Eindruck wird immer schlechter, und die Hoffnung, von den Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht anerkannt zu werden, fördert den Aufstand und verleiht die Unruhe.“

Australien.

Kennington (Südastralien). Die Socialdemokratie macht in Australien die erfreulichsten Fortschritte. Je mehr politischer Freiheit kann sie sich hier entwickeln. Deshalb entwickeln sich hier die politischen Kämpfe ohne Gehässigkeit; alle Parteien der Bevölkerung setzen ein, das socialpolitische Maßnahmen notwendig sind. Die hiesigen Socialisten stehen zum Theil auf dem Boden der deutschen

Socialdemokratie; sie sind alle darin einig, daß die Bergesellschaftigung des Grund und Bodens die erste Aufgabe der Arbeiter sein muß. Strengstens steht die australische Socialdemokratie darauf, daß die Partei sich von religiösen und antireligiösen Strömungen fernhält. Religiöse Debatten werden vermieden. In der Partei sind Anhänger aller religiösen und antireligiösen Schattierungen vertreten.

Parteiangelegenheiten.

Unsere Parteigenossen Roland und Rautmann sind am 1. April in's Gefängniß gegangen, um ihre Ehrenpflicht als Presidenden zu erfüllen. Es kommen bei Roland, der bekanntlich verantwortlicher Redacteur des „Vorwärts“ war, 18 Monate in Verhaftung, während Rautmann vom „Vollkollat“ 12 Monate hinter Kerkermauern zubringen muß. Sämmtliche „Straßen“ sind von dem wenige Wochen später der Verhaftung erlegenen Brausewetter gegen unsere beiden Parteigenossen ausgesprochen worden; von den Verurtheilungen fallen die weitaus meisten — bei Rautmann sämmtliche 12 Monate, bei Roland 6 Monate — auf den Kameel-Führer-Prozess, der bekanntlich ein der wesentlichsten Merkmale unter den staatsrechtlichen Großthaten des Jahres bildet. Jedermann weiß, welchen Eindruck die Führung dieses Strafprozesses sowohl vor als in der Hauptverhandlung, wie auch in der Revisionsinstanz gemacht hat, die bekanntlich dem schwerwiegenden Einwurf des Vertheidigers, daß ein Wahnsinniger das harte Urtheil verkündet habe, keinerlei Beachtung schenkte. Roland und Rautmann unterziehen sich in dem befriedigenden Bewußtsein den schweren Qualen der langen Kerkerhaft, daß selten ein anderer Mensch so viel zu dem Niedergang des heutigen Systems beigetragen hat, als der Kranke, der ihr Urtheilsverkünder war. An und ist es, dahin zu wirken, daß der Sieg unserer befreiten Ideen um ein gutes Theil weiter gefördert ist, wenn unsere beiden Genossen endlich wieder die Mauern des Gefängnisses verlassen.

Dr. Mühs's Moniten, die Zeitung „Freiheit“ Organ der sogenannten „unabhängigen“ Socialisten Süddeutschlands, hat wie bürgerliche Blätter berichten, ihr Erscheinen vorläufig eingestellt, nachdem sie einigemal confiscirt worden ist und ihre Verantwortlichen unter Anklage gestellt sind.

Das 25-jährige Jubiläum des Dresdener Arbeiterblattes wurde am 2. April in einer Festnummer der „Soch. Arbeiter-Zeitung“ gefeiert. Vergleicht man die in photographischer Nachbildung der Festnummer beigegebene erste Nummer des ersten Dresdener Arbeiterblattes, des „Dresdener Volksboten“ mit der ausgezeichneten Festnummer, dann hat man ein vortreffliches Bild der Entwicklung unserer Partei und ihrer Presse in der sächsischen Hauptstadt. Ein kleines vierseitiges Quartblattchen, das in den ersten Jahren bestenfalls in 1300 Exemplaren erschien, war der „Sächsische Volksbote“, dagegen ist die in großem Zeitungsformat auf Rotationsmaschine gedruckte Festnummer 12 Seiten stark. Diese Nummer wird mit einem trefflichen Gedichte des um die Bewegung und die Parteipresse in Dresden verdienten Genossen Max Regel eröffnet. Nach einer kurzen Einladung der Redaction folgen Begrüßungsschreiben des erst n Redacteurs Otto Walster und der späteren Redacteurs Auer, Goldstein und Vollmar. Hieran schließt sich ein Rückblick auf die Geschichte der Dresdener Parteiorgane, deren Lectüre wir jedem empfehlen, der sich für die Entwicklung der Partei und ihre Presse interessiert. Nach sieben-jährigem Bestehen wurde der „Volksbote“, an dem noch Otto Walster, Auer, Max Kayser und Goldstein u. a. die Redaction führten, vergdchert und erhielt den Namen „Dresdener Volks-Zeitung“.

Amals übernahm Vollmar die Leitung unseres Dresdener Partei-Organs; ihm folgte, als er ins Gefängniß mußte, Regel. Im November 1878 wurde das Blatt auf Grund des Socialistengesetzes verboten. An seine Stelle trat unter Leitung Eschlüters, der jetzt an der „New-Yorker Volks-Zeitung“ thätig ist, die „Dresdener Presse“ ins Leben. Nachdem 72 Nummern dieses Blattes erschienen waren, wurde es auf Grund des Socialistengesetzes unterdrückt.

Nun gab Genosse Max Regel den „Hiddigeiger“, ein Organ für Wit und Salzenhumor“ heraus. Aber schon am 11. April 1881 wurde dieser Vorläufer des „Wahren Jacob“ gleichzeitig mit der vor kurzem gegründeten „Arbeiter Abend-Zeitung“ unterdrückt. Ein sehr verständig gehaltenes Blättchen, die „Kleine Chronik“ wurde nun von den Parteigenossen gekauft. Nach einiger Zeit wurde dann das „Sächsische Wochenblatt“ gegründet. Das Format des Blattes wurde öfters vergrößert, daneben erschien bis Ende März 1886 „Der sächsische Stadt- und Landbote“. Am 31. Januar 1887 betraf das Blatt dem Socialistengesetz und wurde sofort durch den „Wahl-Correspondent“ ersetzt. Die Reichscommission hob noch den Wahlen von 1887 das Verbot des „Sächsischen Wochenblattes“ auf. Noch einmal, im Jahre 1889, wurde das Verbot des Weitererscheinens ausgesprochen, als das Parteiorgan eine Auflage von 10,000 Exemplaren erreicht hatte. Auch dieses Verbot wurde von der Reichscommission aufgehoben. Die Verleger verzichteten aber, das Blatt weiter erscheinen zu lassen und gründeten die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, als im Jahre 1890 die Redaction sich an die Seite der Jungen stellte, mußte sie, da die Dresdener Arbeiterpartei treu zur Partei hielt, zurücktreten. Eine neue Redaction trat am 1. September 1890 an ihre Stelle, das bisher wöchentlich dreimal erscheinende Blatt wurde in ein Tagesblatt verwandelt. Es hat als solches sich zu einem unserer besten und tapfersten Kämpfer in der Parteipresse entwickelt. Große Opfer haben die Redactoren und die Dresdener Parteigenossen für ihre Presse gebracht. Aber sie haben sich gelohnt. Eine feste, treue und starke Schaar bilden die Genossen der drei Wahlkreise Dresden-Stadt und Land, und nicht zum mindesten haben wir diese Ehre der Presse zu verdanken, die stets auf dem Posten stand und vor keinem Opfer zurückschreckte.

So zeigen scheint der alte Kataklysmus in den Parteikreisen mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt zu werden. So berichtet die neueste Nummer der „Bergischen Arbeiterstimme“, daß in der am Sonntag stattgehabten ordentlichen Generalversammlung der Genossenschafts-Buchdruckerei, welche das Parteiorgan herausgibt, bei 55 anwesenden Genossenschaftlern mit 52 gegen eine Stimme der Ausschluß des Genossen Abgeordneten Schumacher beschloffen wurde. Der Ausschluß erfolgte auf Grund des § 9a des Statuts. Dieser Paragraph hat folgenden Wortlaut: Die Ausschließung ist zulässig, wenn das Mitglied durch feindselige Bestrebungen die Ehre und das Wohl der Genossenschaft schädigt.“

Weiter beschloß die Versammlung: In der Uebersetzung, daß die „Berg. Arbeiterstimme“, welche von den Genossenschaftlern unter den schwierigsten Verhältnissen mit großen Opfern erhalten wurde, den Frieden der hiesigen Arbeiterpartei nicht stört, sondern bei Abwehr unerhörter Angriffe in berechneter Nothwehr handelte und in Erwägung, daß die Genossenschafts-Buchdruckerei, welche stets auf sich selbst angewiesen war, heute finanziell gehindert ist, beauftragt die heutige Generalversammlung den Genossenschaftsvorstand, event. jedes Geuch zum Ankauf resp. Uebernahme der „Berg. Arbeiterstimme“ ohne Weiteres abzulehnen.“

Diesen Beschluß hätten sich, bemerkt der „Vorwärts“, die Solinger Genossen sparen können, denn die Ausführung des Beschlusses der Fraction, die „Arbeiterstimme“ von Parteigenossen zu übernehmen, bedeutet schon daran, daß sich in der ganzen Partei kein mit den notwendigen Fähigkeiten ausgerüsteter Genosse finden wird, der Lust hätte, sich in den Solinger Organisations- und die ebenso verdankbare wie unaussprechbare Arbeit zu übernehmen dort Frieden zu stiften. Wenn nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen, und in Solingen werden unsere Genossen eben so lange weiter traktieren, bis sie schließlich den Wahlkreis der Bergischen in die Hand gespielt haben.

Das Leichenbegängniß des Frankel's war, wie die Pariser „Revue Republicaine“ berichtet, eine imposante Kundgebung durch die Zahl der Beibragenden und durch die Würde, die sie bezeichnete. Von 11 Uhr ab zog die lange Kolonne der Beibragenden dem weißen Saige vorbei, in dem in eine lange Reihe geordnet, den Leichnam Frankel's lag. Mehrere tausend Genossen und Beibragenden bildeten den Leichenzug. Die socialistische Fraction der Deputirtenkammer und des Gemeinderathes war zahlreich vertreten, auch viele frühere Mitglieder der Commune sah man. Fast alle, die einen Namen unter den französischen und ausländischen Socialisten von Paris haben, sah man unter den Beibragenden, besonders zahlreich waren die deutschen, österreichischen, russischen, polnischen und tschechischen Genossen vertreten, auch andere, so Dauterive, und radikale Blätter hatten Deputationen entsandt. Von den zahlreichen Kränzen nennen wir die feiner ehemaligen Kollegen in der Leitung der Commune, von den socialistischen Fractionen des deutschen Reichstags und der französischen Kammer, von der österreichischen und französischen Parteileitung, von Berliner Socialdemokraten, von den Redactionen des „Vorwärts“, der „Soch. Republicaine“, des „Socialiste“, der „Eve nouvelle“, der „Revue Socialiste“, der „Ronde nouvelle“, der russischen Socialisten, der deutschen Socialisten von Paris, der socialistischen Jugend von Paris.

Vor dem Grabe verlas Gerault, Richard das Testament Frankel's:

„So wie ich als Freidenker gelebt habe, will ich auch sterben. Mein letzter Wille ist, meine sterblichen Angelegenheiten besorgen zu lassen, meine Seele zu retten.“

Ich glaube weder an den Himmel noch an die Hölle, weder an Belohnungen noch an Qualen in einer anderen Welt. Himmel und Hölle, Züchtigungen und Belohnungen leben im Bewußtsein eines jeden Einzelnen. Strafe und Belohnung findet jeder in Absehung auf seine guten und schlechten Thaten.

Ich sterbe ohne jede Furcht.

Mein Leichenbegängniß soll so einfach sein wie das besser, welche Hungers gestorben sind. Den einzigen Unterschied zwischen dem ich mir erbitte, ist, daß mein Körper in eine weiße Leinwand gehüllt werde, in das Banner des internationalen Proletariats, für dessen Befreiung ich den besten Theil meines Lebens geopfert habe und für die mein ganzes Sein einzusetzen ich bereit war.

In warmen Worten nahm nach Verlesung dieses Testaments Gerault-Richard vom Entschlafenen Abschied namens der Fraction der französischen Kammer.

Im Namen der Freunde Frankel's nahm dann Longuet das Wort; er pries den Charakter des Verstorbenen und rühmte die Hingabe und den Opfermuth dieses getreuesten Freundes von Marx und Engels. Im Namen der Mitglieder der Commune sprach der russische Genosse Iurach Baillani, er würdigte die großen Gesichtspunkte, die Energie und die Leistungen Frankel's unter der Commune.

Zwei deutsche Parteigenossen sprachen im Namen der deutschen Reichstagsfraction und Partei und für die Redaction unserer „Soch. Genossen Paula Mint' verabschiedete dann die Gefühle der deutschen Genossen. Es folgten noch Redner für die französische Arbeiterpartei und die socialdemokratische Presse.

Alle Anwesenden waren tief ergriffen von der Erhabenheit der Todtenfeier, sie begaben sich nach der Beerdigung an die berühmte Jdderitten-Mauer des Pere-Lachaise.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Textilarbeiter in Roubus. Die Situation ist unverändert. Die Arbeiter hoffen bestimmt auf den Sieg, weil die Fabrikanten nun bald mit der Herstellung der Muster beginnen müssen, falls sie in der bevorstehenden Saison noch ein Geschäft machen wollten, und die Ring-Fabrikanten rechnen ebenso bestimmt auf die Niederlage der Arbeiter, weil sie glauben, daß deren Widerstand infolge des erhofften Fortschritts der Untersuchungsquellen binnen wenigen Tagen gebrochen sein wird, wozu noch kommt, daß jetzt die Miethe fällig und Ostern da ist, wo auch der ärmste Arbeiter gewöhnt ist, etwas besser zu leben als sonst.

Die Roubuser Fabrikanten überleben hierbei dreierlei: erstens sorgt die Arbeiterpartei dafür, daß fortgesetzt Unterstützungsgelder nach Roubus kommen; so hat am Donnerstag d. 2. die Berliner Gewerkschafts-Kommission wieder 5000 Mk. den Streikenden überreicht; zweitens haben die Roubuser Hausbesitzer den Streikenden die Miethe gestundet, und die Geschäftswelt kreditirt ihnen ebenfalls; drittens sind die ausländischen Arbeiter und in erster Linie die Arbeiterinnen von einer Entlassungs-Freudigkeit, die einfach staunenerregend ist; sie sind zufrieden, wenn sie nur Lebensmittel erhalten.

Ein anderes kommt noch hinzu, die Hoffnung der Fabrikanten auf die Niederlage der Arbeiter als trügerisch erscheinen zu lassen. Das sind die Ausweisungen, die von der Regierung in Frankfurt a. O. gegen Arbeiter verfügt worden sind, welche zum Theil wegen besonderer technischer Geschicklichkeit seitens der Roubuser Fabrikanten aus Oesterreich herüber geholt worden waren. Der zuerst Ausgewiesene, ein Oesterreicher namens Salomon, wohnte seit 7 Jahren in Roubus, hat sich dort mit einer aus Alt-Döbern im Kreise Kalau gebürtigen, in Roubus seit vielen Jahren mohnhaften Kreuzin verheiratet und ist nun sammt dieser und seinen zwei Kindern nach Oesterreich gebracht worden, seine Frau deshalb, weil sie durch die Verheirathung die Nationalität ihres Mannes erworben hat. Das alles geschah, weil Salomon in beruflicher Beziehung sein Arbeiterinteresse vorwiegend legal, aber doch wahrgenommen hat. Dabei ist er „unheimlich“ geworden. Er stand bei den Herren Textor u. Prochaska in Arbeit; letzterer ist selbst Oesterreicher und nebst seinem Compagnon an der Maschinenfabrikung theilhaftig. Dieser Fabrikanten-Oesterreicher ist natürlich nicht ausgewiesen worden; aber Frau Salomon, die eine Tochter Preußens ist und deren Verwandte mühevollweise Preußens Größe auf den Schlachtfeldern mit haben schaffen helfen, sie mußte die Heimath verlassen und darf ohne Erlaubniß nicht wieder zurückkehren!

Die Ausweisung lieber Arbeitssameraden hat unter den Roubuser Arbeitern einen außerordentlichen Grad von Erbitterung erzeugt und das Gefühl der Solidarität der vordem noch wenig organisirten Klasse dermaßen geweckt und gesteigert, daß die Fabrikanten, auf deren Betreiben, wie man annimmt, die betreffenden Oesterreicher ausgewiesen wurden, sich vollständig täuschen, wenn sie glauben, die Ausständigen wären durch die Ausweisungen eingeschüchtert worden. Im Gegentheil, gerade die Ausweisungen, die gegen einzelne Streikende inficirt werden, veranlassen die Masse nur noch fester zusammenzuhalten, festigen sie in ihrem Vorsatz, nur zu Bedingungen, mit denen sie einverstanden ist, wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Da die Fabrikanten wegen der Ueberanfertigung ihrer Produkte in großer Schwulst sind, an der Streik durch die Verminderung der Kaufkraft der Roubuser Arbeiter außerordentlich auf das Roubuser Geschäftsleben drückt — Firmen, die sonst Sonnabends 200—300 Mk. Umsatz hatten, müssen sich jetzt mit 200—300 Mk. und weniger begnügen — so ist wohl zu erwarten, daß der Ausbruch des bisherigen Schreitens der Verhandlungen doch noch im Wege des Vertrages beigelegt wird, und zwar wird die dazu nöthige Geneigtheit der Fabrikanten demnach wohl so sicher zu haben ist, wenn die Arbeiter auch nach den Feiertagen so geschlossen zusammenhalten wie bisher. Eine gewisse Verstärkung findet diese Ansicht durch eine Erklärung, die der Fabrikanten-Verein in Roubus in öffentlichen Blättern läßt. Es heißt darin: Den Fabrikanten ist ein großer Theil des Geschäftes in Sommerware verloren gegangen; das Wintergeschäft geht daher verloren, wenn die Arbeiter nicht baldigt aufgenommen werden. Weiter Unwissenheit geübt und dazu, angunehmen, die Fabrikanten unterlegen hat all diesen schweren Schädigungen nur um des Vergnügens willen die Arbeiter hungern zu lassen. Und

Gerichtliches.

Eine Wette. Eine beispiellose Rohheit führte den Zimmermann August Vogt vor die neue Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Der Angeklagte hat seine Ehefrau Helene Vogt, verwitwete Rauen, und sein Kind in einer Weise mißhandelt, die der Vorsichtende, Landgerichtsdirektor Hoppe als „geradezu kanakalisch“ bezeichnete.

Ann Marie, Du sollst Dir doch schämen. Gleich zwei Bräutigams auf ein Mal zu nehmen, Ann Marie, das ist doch wirklich stark. Sei so gut und schick mir meine zwanzig Mark!

Der Mädchen bringt mir den Brief zurück, wo die Mädchen geschrieben hat: „Du bist wohl ein bisschen bräutlingslüterig, für die zwanzig Mark hast Du reichlich bei mir abgejessen und gedrunken.“

Locales.

Breslau, den 7. April 1896

Die Honorirung der Breslauer Kassenärzte.

Als vor zwei Jahren die Breslauer Arbeiterschaft in Tausenden von Flugblättern die Einführung der freien Arztwahl anregte und in jener großen Krankenkassen-Mitglieder-Versammlung im Breslauer Concerthaus am 11. Februar 1894 die Vorstände sämtlicher Krankenkassen verpflichtete, dieser Frage näher zu treten, erwärmte sich die gesammte Breslauer Tagespresse dafür.

Der Verband, welchem jetzt 28 Kassen mit rund 12,000 Mitgliedern angehören, schuf, wie ersichtlich, eine andere Bezirkseinheit und erhöhte die Zahl der amtierenden Bezirksärzte auf neun. Stellte auch zwei Spezialärzte an, für Nasen-, Ohren- und Kehlkopfleidende Dr. Kayser, für Augenkrankte Dr. Günzburg. Um nun zunächst einen Ueberblick über die kassenärztliche Thätigkeit zu gewinnen, lassen wir den nach Bezirken geordneten Bericht folgen.

Table with 5 columns: Bezirk, Kassenart, Arztname, Sprechstunden, Besuche bei Kranken. Rows include VI. Bezirk (Dr. Meier), VII. Bezirk (Dr. Hirsch), VIII. Bezirk (Dr. Engelhardt), XI. Bezirk (Dr. Meier), and Summa.

Hieraus ersehen wir, daß die Zahl der Consultationen eine sehr verschiedene ist. Innere Stadt 1. Bezirk und Schweidnitzer Thor 2. Bezirk haben die wenigsten Kranken, dagegen Oberthor 3. Bezirk und Scheinigerthor 3. und 4. Bezirk haben als Arbeiterbezirk die meisten Kranken.

Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß wir in Breslau nach den Angaben des Statistischen Amtes 52 Ortskrankenkassen mit rund 60,000 Mitgliedern und 40 Betriebskassen mit rund 9000 Mitgliedern haben, ferner, von den Ortskassen jährlich rund 70,000 Mark, von den Betriebskassen jährlich rund 32,000 Mark für ärztliche Behandlung auszugeben werden.

Ächtung, Holzarbeiter!

Wie bereits gemeldet, sind am Donnerstag, den 2. d. Monats, in der Hauswälb'schen Möbelfabrik (Inhaber E. Jäger) Differenzen ausgebrochen, welche zum Streik führten. Die Arbeit haben sämtliche Möbeltischler (35) niedergelegt. Die beschriebene Forderung, Entlassung des Werkführers Hahn, hat Herr Jäger nicht bewilligt. Die Tischler, welche die Tischler zu dieser Forderung zwangen, erkannte Herr Jäger wohl an, und erklärte sich bereit, dem Werkführer eine Klage zu erteilen, aber von einer Entlassung desselben wollte er nichts wissen.

Die Streikcommission. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

* Aus Anlaß der Schulentlassung und des damit im Zusammenhange stehenden Eintritts junger Leute in Arbeits- und Lehrverhältnisse machen wir darauf aufmerksam, daß alle minderjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere auch Lehrlinge zur Führung eines Arbeitsbuches verpflichtet sind.

* Stadt-Theater. Dienstag tritt als Königin in Mevverber's Oper „Die Hugenotten“ Frau Flora nach ihrer Wiedergenesung zum ersten Male wieder auf.

* Thalia-Theater. Heute, Dienstag geht als Volksvorstellung für die Gruppe I dritte Vorstellung, das „Lübbel-Glück bei Frauen“ in Scene.

* Vöbe-Theater. Heute (3. Osterfesttag) geht als Nachmittags-Vorstellung das mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Der Geizige“ und „Fräulein Witwe“ in Scene; Abends gelangt zum dritten und letzten Male „Das eigene Blut“ zur Aufführung.

